"Lo giuro", ich schwöre es!

Autor(en): **Hui, Matthias**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **111 (2017)**

Heft 11

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-731343

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Matthias Hui

«Lo giuro», ich schwöre es!

Ignazio Cassis legte am 19. September vor der vereinigten Bundesversammlung den Eid ab. Mit drei hochgestreckten Fingern bestätigte er die Formel: «Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.» Dass im Bundeshaus geschworen wird, deckt Widersprüche und offene Begründungsfragen im säkularen Rechtsstaat auf. Dass dazu Gott als der Allmächtige angerufen wird, verweist auf eine Theologie, die im 21. Jahrhundert schwer angeschlagen ist und hinkt.

Immerhin, der Allmächtige erscheint in der Präambel der Bundesverfassung an jenem Ort, wo auch von «der Verantwortung gegenüber der Schöpfung», von «Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt» die Rede ist und davon, «dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen». In Zeiten von Rechtspopulismus und eines erodierenden liberalen Rechtsverständnisses werden wir noch öfter froh sein um die Verfassung von 1999.

Welche Leitplanken setzt sie der Aussenpolitik? Im Artikel 54 heisst es: «Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt». Ignazio Cassis glaubte wohl, seinen peinlichen Schnellschuss bei *Pro Tell* für ein ultraliberales Waffenrecht auf dieses Ziel der Unabhängigkeit abstützen zu können – Verpflichtungen gegenüber der EU und das völkerrechtliche Engagement der Schweiz im weltweiten Kampf gegen Kleinwaffen hin oder her. Aber der Verfassungsartikel hört nicht beim Eigeninteresse auf: Die Schweiz «trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen».

Angesichts von unterschiedlichen Interessen in der Aussenpolitik benötigt der Bundesrat einen soliden Kompass: die Menschenrechte, sie sind verbindlich festgelegt. Didier Burkhalter hat ihn genutzt, zögerlich, aber der Sache verpflichtet. Es braucht Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen für Freihandelsabkommen und für das Steuerregime, für die Russland- oder die Migrationspolitik. Die Schweiz benötigt endlich eine *Nationale Menschenrechtsinstitution*, wie sie von der UNO vorgezeichnet ist, in den meisten Nachbarländern funktioniert und vom EDA in aller Welt propagiert wird.

Die stärkste Herausforderung an eine kohärente Aussenpolitik besteht im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten. Die Schweiz will in beiden Bereichen zu den Grossen gehören. Die Bundespolitik ist in dieser Legislatur total festgefahren. Die FDP-Fraktion schielt aussenpolitisch konstant nach rechts. Liberale PolitikerInnen, die sich für die Menschenrechte stark machen, fehlen. Wie etwa Dick Marty, der frühere Ständerat aus Cassis' Partei und Kanton. Er steht hinter der Konzernverantwortungsinitiative. Sie hat das Zeug, in den nächsten zwei Jahren der Aussenpolitik Beine zu machen und den neuen Bundesrat auf den Boden der Verfassung zu holen, auf die er geschworen hat. ●